

## KLIMAWANDEL

# Ein starker Umweltstaat

### Partizipation und Schöpfungsverantwortung aus katholisch-sozialer Perspektive

Das Erdbeben und die atomare Umweltkatastrophe in Japan zeigen, wie abhängig letztendlich die Gesellschaft der Moderne von Natur und Umwelt ist. Nicht nur Politik und Gesellschaft müssen sich intensiver den Themen der Umweltpolitik und des Klimawandels stellen, auch die politische Bildung ist stärker denn je gefordert. Dies hatte die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB) bereits im Vorfeld ihrer Jahrestagung im November vergangenen Jahres erkannt, die sie in Kooperation mit der Katholisch-sozialen Akademie Franz Hitze Haus in Münster veranstaltete: Rund 60 Teilnehmende aus dem Bildungsbereich, der Wirtschaft, Politik und Kirche diskutierten dort über Chancen und Herausforderungen der politischen Bildungsarbeit im Themenfeld Umweltpolitik und Klimawandel.

Wichtige Impulse für die Bildungsarbeit der AKSb konnten die Vertreter der Wissenschaft geben: In seinem Vortrag zu den politischen Aspekten der Diskussion um den Klimawandel stellte Prof. Dr. Georg Simonis die These auf, der Klimawandel führe einen Wandel der Staatlichkeit herbei. Im Gegensatz zu der vielfach geäußerten Annahme, dies verursache auch die Abnahme der Bedeutung des Staates, betonte er die Notwendigkeit eines starken Umweltstaates. Auch bei der Verwendung marktwirtschaftlicher Instrumente zur Bekämpfung des Klimawandels (z.B. Emissionshandel) müsse der Rahmen vom Staat geregelt und durchgesetzt werden. Eine besondere Rolle misst er der politischen Bildung zu, die Wege zur Partizipation der Bürgerinnen und Bürger aufzeigen und somit auch Verständnis für Instrumente der Umweltpolitik vermitteln könne. Während in der politischen Bildung normative Fragestellungen immer eine wichtige Rolle spielen, verstehe sich

die politische Wissenschaft eher empirisch-beschreibend. Dies sei für ihn im Themenbereich Klima und Umwelt jedoch nicht ausreichend, erforderlich sei für ihn vielmehr ein normativ zukunftsweisender Ansatz.

Prof. DDr. Johannes Wallacher stellte die Ergebnisse der neuen Studie »Global aber Gerecht« von Misereor, der Münchner Rück-Stiftung, des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung und des Instituts für Gesellschaftspolitik in München vor. Der in der Studie vorgestellte Masterplan „Global Deal“ gibt ethische Vorgaben für eine zukunftsfähige und gerechte globale Klimapolitik. Drei grundsätzliche Forderungen standen am Ende des Vortrags: Der Klimawandel müsse begrenzt werden. Die Menschen – vor allen Dingen in den Entwicklungsländern – müssten befähigt werden, sich in ihren Regionen an die Folgen des Klimawandels anzupassen. Strukturell müsse die globale Ungerechtigkeit abgebaut werden. Ein Schwerpunkt der politischen Bildungsarbeit von Misereor werde in den kommenden fünf Jahren die Vermittlung der Ergebnisse der Studie sein, zu der auch alle politischen Bildner eingeladen seien.

Einen kritischen Blick von außen auf die Behandlung der Umweltthematik in der neu erschienenen Aksb-Publikation »Am Puls der Zeit. Konvention über katholisch-sozial orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung in der Aksb und Aktualisierende Ergänzungen« richtete am zweiten Tag der Jahrestagung in Münster Mattias Kiefer, Umweltbeauftragter der Erzdiözese München-Freising und Sprecher der »Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der deutschen (Erz-)Diözesen« (AGU). Bereits 2009 hatte die Aksb in ihren aktualisierenden Ergänzungen zur Konvention den neuen Arbeitsschwerpunkt benannt: »Eine

stärkere Berücksichtigung ökologischer Fragen in unserer Bildungsarbeit ist (...) wichtig. Es gilt, ökologische Verantwortung nicht nur als Bezugsfeld oder Umfeld für andere Dimensionen, sondern aus sich selbst heraus als notwendig anzusehen. Mit anderen Worten: Die Bewahrung der Schöpfung ist ein Wert an sich, der in der Diskussion um nachhaltige Entwicklung eine ihm entsprechende Rolle spielen muss.«

Nach Ansicht von Mattias Kiefer sei die Aksb mit den Äußerungen zur Umweltthematik in der Konvention von 1998 ihrer Zeit voraus gewesen. Aus der Perspektive der kirchlichen Umweltarbeit seien Konvention und aktualisierende Ergänzungen methodisch-didaktisch voll auf der Höhe des aktuellen Wissensstandes und deckten die geforderten Themenbereiche ab. Auf der theologisch-sozialetischen Begründungsebene hätten sie jedoch den Schritt der Integration von Nachhaltigkeit als viertem Sozialprinzip noch nicht vollzogen. Dies zeige sich daran, dass die Umweltthematik nicht in der politischen Bildung verortet sei. Kiefer empfahl der Aksb, sich weiterhin dem Umweltthema zu stellen, auch wenn es sperrig sei und nicht immer den notwendigen Publikumszuspruch finde. Aufgrund der Massivität der Herausforderungen und der Dringlichkeit sei dies gerechtfertigt. Die Konvention und aktualisierende Ergänzungen sollten mit dem Ziel überarbeitet werden, die Umweltthematik im Gesamt der politischen Bildung zu verankern und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Nach Ansicht des Aksb-Geschäftsführers Lothar Harles komme der politischen Bildung bei der Vermittlung von Wissen im Bereich der Umweltthematik an die Bürger eine besondere Rolle zu. Nur mit entsprechendem Sachwissen könnten die Bürger am politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess mitwirken. Gemeinsam mit dem Aksb-Vorsitzenden Dr. Becker ist er sich einig, dass die politische Bildungsarbeit verstärkt das Thema Umweltpolitik und Klimawandel aufgreifen müsse.

Markus Schuck